

10. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.2 Juni 1948

217/J

Anfrage

der Abg. Dr. P i t t e r m a n n , B r a c h m a n n und Genossen  
an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,  
betreffend Einreiseverweigerung einer österreichischen Delegation nach Rumänien.

Über Einladung der rumänischen Regierung, mit ordnungsgemäßen Einreisepapieren versehen, ist in den letzten Apriltagen eine Abordnung des österreichischen Warenverkehrsbüros nach Rumänien gereist. An der Grenze wurde dieser offiziellen Delegation, obwohl die im Besitz gültiger Reisepapiere war, die Einreise nach Rumänien von der rumänischen Staatspolizei (Sicuranza) verweigert.

Die Delegation begab sich daraufhin zur nächst gelegenen Gesandtschaft in Budapest, um mit Hilfe der österreichischen Gesandtschaft in Bukarest zu erreichen, daß eine vom rumänischen Außenministerium für eine österreichische Delegation gegebene Einreisebewilligung auch von der rumänischen Staatspolizei anerkannt werde. Seitens der österreichischen Gesandtschaft in Bukarest wurde mitgeteilt, daß alle Einreisehindernisse nunmehr beseitigt seien und daß die rumänische Regierung den ungewöhnlichen Vorfall bedaure. Als daraufhin die Delegation sich am 30.4.1948 zum zweitenmal an die rumänische Grenze begab, wurde ihr neuerlich von der rumänischen Staatspolizei die Einreise verweigert.

Dieses Verhalten rumänischer Behörden gegenüber einer von anderen rumänischen Stellen eingeladenen offiziellen österreichischen Delegation wirkt umso befremdender und ungewöhnlicher, als zur gleichen Zeit der Abgeordnete Kristofics-Binder ohne Auftrag staatlicher österreichischer Stellen nach Rumänien einreisen und sich dort aufhalten konnte. Offenbar weil seine Person der rumänischen Staatspolizei vertrauenswürdiger erschien, als eine offizielle Delegation der Republik Österreich. Ebenso unverständlich erscheint aber den Anfragstellern das Verhalten des zuständigen Ministers, welcher bis heute der österreichischen Öffentlichkeit diesen Vorfall verschwiegen hat, obwohl er eine unglaubliche Brückierung der demokratischen Republik Österreich durch Behörden der Volksdemokratie Rumänien darstellt.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau die nachstehende

Anfrage:

- 1.) Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Hohen Haus endlich eine amtliche Darstellung über die Vorfälle bei der Reise der österreichischen Delegation nach Rumänien zu geben?
- 2.) Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Hohen Haus mitzuteilen, welche Schritte er veranlaßt hat, um diese unerhörte Brückierung der Republik Österreich durch rumänische Behörden energisch zurückzuweisen?